

Stand: 13.12.2025 08:18:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4203

"Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4203 vom 12.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4985 des WK vom 26.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/5259 vom 11.02.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich und mündlich über den Stand der Konzertsaal-Debatte in München und über ihre weiteren Planungen zur Beteiligung an der Sanierung der Philharmonie im Gasteig zu berichten.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer hat welche Gespräche zwischen Freistaat und Stadt München zur gemeinsamen Nutzung der Philharmonie durch die Münchner Philharmoniker und das BR-Symphonieorchester mit welchem Zwischenergebnis geführt?
- Wurde bereits geprüft, ob eine gemeinsame Nutzung möglich ist, bzw. wann und durch wen soll die Prüfung erfolgen?
- Was sind die Ergebnisse der Studie zur Auslastung eines neuen Konzertsaals, die das Staatsministerium in Auftrag gegeben, aber bisher noch nicht veröffentlicht hat?
- Welche neuen Argumente sprechen für den Gasteig, nachdem die vorliegenden zwei Studien und auch das Symphonieorchester dieser Lösung ablehnend gegenüberstehen?
- Wie stehen der BR und sein Symphonieorchester zum Vorschlag eines gemeinsamen Konzertsaals im Gasteig?
- Wie ist die Haltung der freien Konzertveranstalter und der Stadt München dazu?
- Ist geplant, den Herkulessaal auch unabhängig von der Entscheidung für den Gasteig bzw. eines Neubaus zu sanieren und umzubauen?

- Zu welchen Ergebnissen ist die in der letzten Legislatur einberufene Arbeitsgruppe zum Konzertsaal gekommen?
- Werden die bisherigen Planungen für einen Konzerthausneubau, z.B. im Areal zwischen Galerie- und Von-der-Tann-Straße, parallel zu den Gesprächen zur Philharmonie weiterverfolgt?
- Wann ist mit einem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Freistaat und der Stadt München zu rechnen?
- Mit welchen Kosten rechnet der Freistaat, wenn er sich an der Generalsanierung beteiligen würde?
- Welche Zeit werden voraussichtlich die Vorarbeit und Planungen in Anspruch nehmen, sollte es zu einer Einigung mit der Stadt München kommen?
- Wann könnte mit der Sanierung begonnen werden und wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?
- Welche Pläne liegen vor, sollten die Gespräche mit der Stadt scheitern?

Begründung:

Seit Jahren wird diskutiert, ob München für das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks einen zusätzlichen Konzertsaal braucht. Die Grünen brachten bereits Anfang 2007 das Thema in den Landtag. Die Staatsregierung hielt im selben Jahr einen Ideenwettbewerb für den Marstall ab, mit dem Ziel, ihn zu einem Konzertsaal umzubauen. Anfang 2009 hat Ministerpräsident Seehofer öffentlich die Errichtung eines Konzertsaals für das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks (BRSO) zugesagt. Bei einem nichtöffentlichen Runden Tisch im Mai 2009, zu dem die Grünen alle Beteiligten bzw. Betroffenen, von Stadt bis freien Konzertveranstaltern, ins Maximilianeum eingeladen hatten, wurde deutlich, dass das BRSO das international herausragende Niveau dauerhaft nur mit eigenem Belegungsrecht halten kann.

Nach dem Scheitern der Marstall-Pläne wurden drei Studien in Auftrag gegeben, die letzte ist noch nicht veröffentlicht. Die Untersuchungen von Metrum Managementberatung, beauftragt von der Städtischen Gasteig GmbH, und von Karsten Witt Musikmanagement im Auftrag des Bayerischen Rundfunks, kamen zum Schluss, dass eine Parallelbespielung durch Philharmoniker und Symphoniker nicht möglich sei. Die Staatsregierung hat deshalb eine Arbeitsgruppe zur

Suche eines möglichen Standorts für das Konzerthaus eingerichtet. Obwohl sich schnell der Finanzgarten am Hofgarten als am besten geeignet herauskristallisierte und auch vom BR-Orchester selbst favorisiert wurde, brachte die Staatsregierung den Kongresssaal des Deutschen Museums ins Spiel. Eine Machbarkeitsstudie, die zweckentfremdet aus Mitteln für Forschungseinrichtungen, darunter das Deutsche Museum, finanziert wurde, kam zum Ergebnis, dass

sich ein Konzertsaal nur schwer in den Kongresssaal einbauen ließe; zudem sprach sich das Deutsche Museum vehement dagegen aus. Seither hat man von den Plänen der Staatsregierung nichts mehr gehört. Zwar wurde von Staatsminister Dr. Spaenle laut Medienberichten die Arbeitsgruppe wieder einberufen, „ohne deren Arbeit wirklich zu forcieren“ (SZ vom 25. Oktober 2014).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs. 17/4203**

Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Rosi Steinberger**
Mitberichterstatler: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 26. November 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Drs. 17/4203, 17/4985

Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich und mündlich über den Stand der Konzertsaal-Debatte in München und über ihre weiteren Planungen zur Beteiligung an der Sanierung der Philharmonie im Gasteig zu berichten.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer hat welche Gespräche zwischen Freistaat und Stadt München zur gemeinsamen Nutzung der Philharmonie durch die Münchner Philharmoniker und das BR-Symphonieorchester mit welchem Zwischenergebnis geführt?
- Wurde bereits geprüft, ob eine gemeinsame Nutzung möglich ist, bzw. wann und durch wen soll die Prüfung erfolgen?
- Was sind die Ergebnisse der Studie zur Auslastung eines neuen Konzertsaals, die das Staatsmi-

nisterium in Auftrag gegeben, aber bisher noch nicht veröffentlicht hat?

- Welche neuen Argumente sprechen für den Gasteig, nachdem die vorliegenden zwei Studien und auch das Symphonieorchester dieser Lösung ablehnend gegenüberstehen?
- Wie stehen der BR und sein Symphonieorchester zum Vorschlag eines gemeinsamen Konzertsaals im Gasteig?
- Wie ist die Haltung der freien Konzertveranstalter und der Stadt München dazu?
- Ist geplant, den Herkulesaal auch unabhängig von der Entscheidung für den Gasteig bzw. eines Neubaus zu sanieren und umzubauen?
- Zu welchen Ergebnissen ist die in der letzten Legislatur einberufene Arbeitsgruppe zum Konzertsaal gekommen?
- Werden die bisherigen Planungen für einen Konzerthausneubau, z.B. im Areal zwischen Galerie- und Von-der-Tann-Straße, parallel zu den Gesprächen zur Philharmonie weiterverfolgt?
- Wann ist mit einem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Freistaat und der Stadt München zu rechnen?
- Mit welchen Kosten rechnet der Freistaat, wenn er sich an der Generalsanierung beteiligen würde?
- Welche Zeit werden voraussichtlich die Vorarbeit und Planungen in Anspruch nehmen, sollte es zu einer Einigung mit der Stadt München kommen?
- Wann könnte mit der Sanierung begonnen werden und wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?
- Welche Pläne liegen vor, sollten die Gespräche mit der Stadt scheitern?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 31. Juli 2014
1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09, 1 BvR 3187/10 betreffend
Verfassungsbeschwerden
gegen
Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 38 Abs. 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBl. S. 365)
gegen
§ 22a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBl. BW S. 390)
gegen
1. § 14a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635),
2. § 22 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635)
PII/G-1320.10-0008
Drs. 17/5155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. November 2014 (VF. 14-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 bis 5 und des Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 17. November 2014 (GVBl S. 478)
PII/G-1310.14-0012
Drs. 17/5156 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2014 (Vf. 16-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 „An der Münchner Straße“ der Gemeinde Gmund am Tegernsee vom 20. Mai 2014
P II/G1310.14-0014
Drs. 17/5157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Dezember 2014 (Vf. 17-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBI S. 230, BayRS 2030-1-2-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), soweit diese Vorschrift auf Art. 27 Abs. 1 Satz Nr. 2 BayHSchPG verweist
P II/G1310.14-0015
Drs. 17/5159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökolandbau an bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 17/3205, 17/5091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungsverfahren gegen LKA-Beamte und BR-Reporter
Drs. 17/3208, 17/5092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und Hochschulstandort „Auf AEG“
Drs. 17/3592, 17/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen
Drs. 17/3824, 17/5087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berglandschaft – Schutz durch Nutzung: Investitionsförderung mit Berücksichtigung naturräumlicher Benachteiligungen
Drs. 17/3978, 17/5132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Judith Gerlach u.a. CSU
Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten für Kinderhospize
Drs. 17/4201, 17/5093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?
Drs. 17/4203, 17/4985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren
Drs. 17/4315, 17/5086 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ablagerung von Bauschutt im Bergwald bei Schliersee
Drs. 17/4318, 17/5127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder
Drs. 17/4320, 17/4994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Hofabgabeklausel reformieren-Benachteiligungen für Landwirtinnen und
Landwirte endlich beseitigen
Drs. 17/4350, 17/5131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Reisprodukte sicherer machen
Drs. 17/4398, 17/5129 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Best-Practice-Beispiele für die
Entbürokratisierung der Pflegedokumentation darstellen
Drs. 17/4399, 17/5094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung –
Ausstattung von Veranstaltungsräumen mit Induktionsanlagen
Drs. 17/4432, 17/4986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Gebietsbetreuung fortführen
Drs. 17/4443, 17/5130 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung der Studienerfolgsquote
Drs. 17/4478, 17/4987 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.